

Kooperation der Fraktionen von CDU, UWD und FDP

in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung

PRESSEMITTEILUNG

Dieburg, 03.05.2025

Rechtsauffassung der Kooperation bestätigt:

Beauftragung der Großwiesenweg-Sanierung nicht durch Haushaltsmittel abgedeckt

Die Kooperation aus CDU, UWD und FDP in Dieburg hat eine Mitteilung der Kommunalaufsicht des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis genommen. Über diese wurde den Fraktionen bekannt, Bürgermeister Haus habe gegenüber der Kommunalaufsicht inzwischen selbst eingeräumt, dass der gefasste Haushaltsbeschluss zur Baumaßnahme „Großwiesenweg“ von Seiten der städtischen Verwaltung „nichtzutreffend umgesetzt“ worden sei. Weiterhin habe er klargestellt, dass er dafür allein die Verantwortung zu tragen habe. Denn die übrigen Mitglieder des Magistrats seien im Vorfeld dahingehend informiert worden, dass sie „davon ausgehen mussten eine haushaltrechtlich zulässige Entscheidung zu treffen“ – als sie im Dezember 2024 über die Beauftragung einer Baufirma abstimmten.

Im Januar wurde der Stadtverordnetenversammlung bekannt, dass der Magistrat vor Weihnachten den Auftrag zur Sanierung des Großwiesenwegs vergab. Dies passierte, obwohl das Parlament im April 2024 den Beschluss fasste die Maßnahme nicht durchzuführen. Vor diesem Hintergrund beauftragte sodann die Stadtverordnetenversammlung auf Dringlichkeitsantrag der Kooperation den Stadtverordnetenvorsteher – mit den Stimmen der SPD, aber mit Gegenstimmen und Enthaltungen bei Bündnis 90/Die Grünen – den Vorgang von der Kommunalaufsicht überprüfen zu lassen.

Die Kooperation begrüßt die Entscheidung des Bürgermeisters, den bereits vergebenen Auftrag nun aufheben zu wollen. Die zwischenzeitliche Missachtung des Haushaltsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung rügt die Kooperation als respektlos gegenüber den demokratisch gewählten und ehrenamtlich tätigen Mandatsträgern. Etwaige Unsicherheiten in der Interpretation von Parlamentsentscheidungen, auf die sich der Bürgermeister berief, hätte man zwischen April und Dezember ja in Ruhe klären können, insbesondere unter Einbindung des Stadtverordnetenvorstehers. Dafür war auskömmlich Zeit.

Die Abplanung der Sanierung stand im Zeichen der Sparanstrengungen der Kooperation. Es überzeugte nicht, hierfür das veranschlagte Steuergeld auszugeben und durch Asphaltierung zusätzliche Flächenversiegelung in Kauf zu nehmen. Naturnahes Radfahren ist aktuell auf dem kurzen Stück des Weges hinreichend möglich. Wer komfortablen glatten Asphalt bevorzugt, kann eine existierende Parallelroute wählen. Zudem wechselt an der Gemeindegrenze nach Münster die Wegbeschaffenheit ohnehin. Ab dort handelt es sich um einen landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg mit zwei betonierten Fahrrinnen und Grünbewuchs in der Wegmitte.

Die Fraktionsvorsitzenden

Susanne Albers (CDU)

Benjamin Koch (FDP)

Klaus Thomas (UWD)